



EUROPA-AKTUELL

Reimer Böge

Mitglied des Europäischen Parlaments

Februar/März 2011



Liebe Leserinnen und Leser,
die europäischen Küstenregionen stehen vor neuen Herausforderungen. Stärker als in der Vergangenheit sehen sie sich mit Phänomenen wie Klimawandel, Umweltgefahren und Versorgungsunsicherheiten konfrontiert. So ergibt sich Handlungsbedarf besonders an die grenzüberschreitende, europäische Politik. Durch die gezielte Förderung von meereswissenschaftlicher Forschung und Technologie müssen wir den aktuellen Herausforderungen gemeinsam begegnen. Ich organisierte daher zusammen mit dem "Konsortium Deutsche Meeresforschung" eine Veranstaltung unter dem Titel "Resources from the Sea" im Europäischen Parlament (EP) in Brüssel. Ziel der Veranstaltung war es, die Arbeit des Europäischen Innovations- und Technologieinstituts stärker auf die Potentiale des Meeres auszurichten. Forscher aus der ganzen EU legten die Chancen und Möglichkeiten einer zukunftsgerichteten Meerespolitik dar.

Schleswig-Holstein war durch das Leibniz-Institut für Meereswissenschaften (IFM-GEOMAR), eines der weltweit führenden Meeresforschungsinstitute, vertreten. Die Forschungsaktivitäten des IFM-GEOMAR sind die anwendungsorientierte Grundlagenforschung auf dem Gebiet der Ozeanografie, Geologie und Meteorologie. Bekannt ist das Institut durch zwei international renommierte Professoren: Professor Latif und Professor Herzig. Beide haben sich durch ihre maritimen Forschungsarbeiten einen hervorragenden internationalen Ruf erworben.

Ich bin überzeugt, dass die europäische Meerespolitik große Chancen für ein nachhaltiges Wachstum der maritimen Wirtschaft in Schleswig-Holstein birgt und gleichzeitig den Schutz der Meeresumwelt und ihrer Ressourcen sichert. Ich unterstütze deshalb ausdrücklich die Absicht der EU-Kommission, Projekte einer nachhaltigen Nutzung unserer Meere weiter fortzuführen.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr Reimer Böge



Bild 1 :

Die Veranstaltung "Resources from the Sea" im EP. Forscher aus ganz Europa legten die Chancen und Möglichkeiten einer zukunftsgerichteten Meerespolitik dar.

(Foto: Büro Böge)



Bild 2:

Am Rande der Veranstaltung trafen sich Prof. Herzig und Reimer Böge MdEP, um den aktuellen Stand der Meereswissenschaften für Schleswig-Holstein zu erörtern.

(Foto: Büro Böge)

Ausgewählte Themen der letzten Plenartagungen in Straßburg/ Brüssel:

Eine nachhaltige EU-Politik für den hohen Norden

Die EU benötigt eine einheitlich koordinierte Politik für die Arktis, nur so können neue Schifffahrtswege zwischen Europa und Asien geplant und natürliche Ressourcen, unter Berücksichtigung des notwendigen Schutzes der Umwelt, erschlossen werden. Mit großer Mehrheit nahm das Plenum des EP einen entsprechenden Bericht am 20. Januar 2011 in Straßburg an. In den vergangenen Jahren wurden die USA, Russland und sogar China in der Arktis zunehmend aktiv. Dies stellt die EU, auch aufgrund ihrer geographischen Nähe zur Arktis, vor neue Herausforderungen.

Beispielsweise müssen neue Seewege eröffnet und befahrbar gemacht werden und Ressourcen umweltschonend und im Ausgleich mit allen Anrainerstaaten genutzt werden. Konflikte um die Nutzung natürlicher Ressourcen zwischen den Anrainerstaaten der Arktis müssen in existierenden Rahmen, beispielsweise wie dem Arktischen Rat, gelöst werden. Zudem müssen die bestehenden völkerrechtlichen Regelungen für die Arktis wie das UN-Seerechtsübereinkommen UNCLOS oder das OSPAR-Abkommen zum Schutz der Meeresumwelt im Nordostatlantik aufgrund des Klimawandels und dem zunehmenden wirtschaftlichen Interesse an der Region weiterentwickelt und gestärkt werden. Der Bericht fordert weiter die EU-Kommission auf ein "EU Arctic Information Centre" einzurichten, um die wirtschaftliche Entwicklung der Arktis (z.B. von Transportwegen) weiter voranzutreiben.

Zur Erschließung neuer Seewege durch die Arktis fordert der Auswärtige Ausschuss des EP zudem eine Ausweitung der Forschungsaktivitäten, um die Auswirkungen des Klimawandels auf die Befahrbarkeit der Schifffahrtsrouten zu untersuchen. Bei der Entwicklung einer neuen EU-Politik für

die Arktis ist das EP somit eine treibende Kraft. Hierbei spielt das EU-Arctic-Forum, eine Plattform führender EU-Abgeordneter aus allen politischen Gruppen und relevanten Ausschüssen eine wichtige Rolle.

Positionspapier der CDU/CSU-Gruppe zur künftigen Finanzierung der EU

Mit einer Mitteilung der Kommission zur Überprüfung des Haushalts im Oktober 2010 wurde die Diskussion zum künftigen mehrjährigen Finanzrahmen (MFF) nach 2013 eingeleitet. Um sich eingehend mit den Herausforderungen und Ansprüchen an einen neuen MFF auseinanderzusetzen, wurde im EP der Sonderausschuss zu den politischen Herausforderungen und den Haushaltsmitteln für eine nachhaltige EU nach 2013 (SURE) ins Leben gerufen. Parallel zu der Arbeit des Sonderausschusses entwickelte die CDU/CSU-Gruppe im EP ein Positionspapier und legte so ihre wichtigsten Prioritäten für den nächsten MFF fest. Verantwortlich für die Ausarbeitung des Positionspapiers war, in seiner Funktion als Koordinator der EVP-Fraktion im SURE-Sonderausschuss, Reimer Böge (CDU).

Möglichst viele Anregungen des Positionspapiers sollen nun in die Ausarbeitung einer Parlamentsentschließung zum zukünftigen Finanzrahmen einfließen. Berichtersteller dieser Entschließung ist Salvador Garriga (EVP). Sein Entschließungsentwurf wird bis Juli 2011, also vor dem Vorschlag der Kommission für den mehrjährigen Finanzrahmen, im Plenum des EP verabschiedet werden. Somit wird das EP seine Grundsatzzposition vor den anderen EU-Institutionen festlegen und so die kommenden Diskussionen und Verhandlungen maßgeblich beeinflussen.

In dem nun abgestimmten Positionspapier der CDU/CSU-Gruppe im EP werden die Grundprinzipien Europäischer Haushaltspolitik aufgezeigt. Hierzu zählen: Wirtschaftlichkeit, Transparenz und Nachhaltigkeit. Des Weiteren betont die CDU/CSU-Gruppe die Notwendigkeit einer ergebnisoffenen Eigenmitteldebatte zur Sicherstellung einer angemessenen Finanzausstattung übertragener Aufgaben und die Konzentration europäischer Interventionen auf Bereiche mit europäischem Mehrwert (unter Beachtung des Subsidiaritätsprinzips).

Weiter hält die CDU/CSU-Gruppe die Nutzung von Synergiepotentialen auf europäischer und nationaler Ebene sowie von Einsparpotentialen von etwa 5 % im EU-Haushalt in jeder Hauhaltskategorie für möglich. Zudem fordert die CDU/CSU-Gruppe eine Mittelverwendung für die neuen politischen Herausforderungen des Lissabonvertrags und die zwingende Verschiebung bzw. Streichung auch von beschlossenen Projekten, Vorhaben und Programmen mit europäischem Mehrwert im Falle der Beibehaltung der Finanzmittel für 2013.

Das Positionspapier ist im Internet abrufbar unter:

<http://www.cducusu.eu/images/stories/docs/positionspapier-sure-01032011.pdf>

Mehr Rechte für Patienten bei Behandlungen im Ausland

Bezüglich der Patientenrechte haben sich Vertreter des EP und Vertreter der Mitgliedsstaaten auf einen Kompromiss geeinigt. Mit der Einigung werden die Rechte von Patienten europaweit nun transparenter und einfacher zugänglich gemacht.

Der Europäische Gerichtshof hatte mehrfach entschieden, dass Patienten auch bei geplanten medizinischen Eingriffen, das Recht haben, sich im Ausland behandeln zu lassen und die Kosten erstattet zu bekommen. Deutschland hat dieses Recht bereits weitestgehend umgesetzt, andere Mitgliedstaaten jedoch nicht. Oft wurden die Patienten daher auf den Klageweg verwiesen. Es war aber nicht vermittelbar, zum Teil schwerkranken Menschen zuzumuten, sich jahrelang aufwendig durch alle juristischen Instanzen klagen zu müssen. Deswegen war die neue Richtlinie überfällig.

Die Verhandlungen zwischen Parlament und Ministerrat gestalteten sich in den vergangenen Jahren äußerst schwierig, da ein Teil der Mitgliedstaaten versuchte, die Hürden für Patienten mög-

lichst hoch anzusetzen. Das EP erreichte gegenüber dem Gemeinsamen Standpunkt der Mitgliedstaaten dennoch wesentliche Änderungen zum Schutz der Patienten: So gibt es Erleichterungen für Menschen, die an seltenen Erkrankungen leiden und es darf keine willkürliche Ablehnung eines Patienten geben. Außerdem haben Patienten die Möglichkeit, eine Vorabgenehmigung für eine Behandlung zu erhalten und so nicht in Vorleistung gehen zu müssen. Die Richtlinie ist somit ein großer Erfolg für die Patienten und bietet eine große Chance für Anbieter im deutschen Gesundheitswesen, das trotz aller Kritik leistungsfähiger ist als das der meisten anderen Länder in Europa.

Harmonisierte Bedingungen für die Vermarktung von Bauprodukten

Mit qualifizierter Mehrheit nahm das Plenum des EP am 18. Januar 2011 eine Empfehlung für die zweite Lesung des Rates zur Vermarktung von Bauprodukten an. Die bestehende Bauprodukte-Richtlinie wird so durch eine neue Verordnung ersetzt werden, mit der harmonisierte Bedingungen für das Inverkehrbringen von Bauprodukten festgelegt werden können. Der freie Verkehr im Binnenmarkt mit Bauprodukten und ihre uneingeschränkte Verwendung sollen dadurch gefördert werden. Der Hersteller wird verpflichtet, in einer so genannten "Leistungserklärung" Informationen über die Leistung des Produkts anzugeben. Vorteil der Leistungserklärung ist die Vereinfachung der Kennzeichnung des Produkts, da diese Informationen in Zukunft nicht mehr auf dem Produkt selbst erscheinen müssen.

Das Plenum beschloss, dass in der Leistungserklärung die Nennung eines wesentlichen Merkmals ausreicht und Unternehmer nicht eine Vielzahl von Angaben machen müssen. So kann der Hersteller selbst definieren, welches Merkmal das wesentliche eines Produktes ist. Gerade bei gefährlichen Substanzen müssen die Unternehmen ohnehin ausführliche Angaben im Rahmen von REACH vorlegen, so dass man hier die Menge der zusätzlich abverlangten Informationen eindämmen konnte. Am Prozess der Entwicklung harmonisierter Normen werden entgegen der ursprünglichen Position des Rates nun auch Unternehmen beteiligt werden. Außerdem konnte erreicht werden, dass über die Annahme eines Europäischen Bewertungsdokuments neben der Kommission auch ein aus Fachleuten bestehendes technisches Bewertungsgremium auf die Entscheidung Einfluss nehmen kann. Ein weiterer wichtiger Punkt war für die Mehrheit der Abgeordneten, dass innerhalb des Verfahrens zur Annahme eines Europäischen Bewertungsdokuments die Gesundheit und Sicherheit der beteiligten Personen (z.B. Bauarbeiter) während des gesamten Lebenszyklus der Bauwerke Rechnung getragen wird.

Sichere Produkte für europäische Verbraucher

Verbraucher brauchen besseren Schutz vor möglicherweise gefährlichen Produkten, so das Parlament in einer im März angenommenen Entschließung über Produktsicherheit und Marktüberwachung. Das Parlament leistet damit einen Beitrag zur bevorstehenden Novellierung der EU-Vorschriften über Produktsicherheit, die die Kommission im Lauf des Jahres einleiten wird.

Zwei der Prioritäten der nicht-legislativen Entschließung sind bessere Zollkontrollen in den europäischen Häfen und die Verbesserung des Rechtsrahmens für die schnellere Rücknahme gefährlicher Produkte.

Verstärkung der Zollkontrollen bei Importware

Das Parlament hebt die Bedeutung der Verbesserung von Marktüberwachung, im Besonderen in europäischen Häfen, hervor. Die EU-Abgeordneten fordern daher die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, die Marktüberwachung zu beschleunigen und härtere Maßnahmen gegen illegale Erzeugnisse aus Drittländern zu ergreifen. Besondere Aufmerksamkeit sollte auch auf Produkte gerichtet werden, die online aus Drittländern erworben wurden und die nicht den europäischen Normen entsprechen.

Die Kommission sollte einen gemeinsamen europäischen Rahmen für die Marktüberwachung schaffen und eine aktivere Rolle bei der Koordinierung der Tätigkeit der Europäischen Marktaufsichts- und Zollbehörden und der zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten spielen.

Das Europäische Parlament fordert zudem eine größere internationale Zusammenarbeit, um die Sicherheit von Produkten sicherzustellen. Die Abgeordneten sind besonders besorgt darüber, dass die Zahl der im RAPEX-System gemeldeten Produkte, die ihren Ursprung in China haben, immer mehr ansteigt.

Prävention und bessere Zusammenarbeit

Um das Risiko von unsicheren Erzeugnissen auf dem Markt zu minimieren, schlagen die Abgeordneten eine Verpflichtung für Hersteller, eine Risikoanalyse in ihrer Entwurfsphase zu unternehmen, vor.

Das Parlament fordert die Kommission dringend auf, eine öffentliche Informationsdatenbank zur Sicherheit von Verbrauchsgütern einzurichten, die nach Möglichkeit auf bereits bestehende regionale und nationale Systeme in den Mitgliedstaaten gestützt sein sollte. Jährliche Berichterstattung durch die Mitgliedstaaten sollte verpflichtend sein. Ferner sollten Unfallstatistiken, die auf gesammelten Informationen basieren, veröffentlicht werden.

Pressemitteilungen:

1.) Europaabgeordnete setzen bessere Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie durch

Verschiedene Sonderauflagen für ausländische Handwerker in Schweden und Dänemark sind nicht mit der EU-Dienstleistungsrichtlinie vereinbar. Zu diesem Fazit kommt die Europäische Kommission in ihren Antworten auf drei parlamentarische Anfragen gestellt von den schleswig-holsteinischen Europaabgeordneten Britta Reimers (FDP), Ulrike Rodust (SPD) und Reimer Böge (CDU). Die Europäische Kommission drängt auf Prüfung oder Abschaffung der Auflagen, die vor allem Handwerkern aus Deutschland den Weg über die Grenze erschweren.

Reimer Böge, CDU-Europaabgeordneter lobt den Einsatz der Kommission: „Die Gleichbehandlung von grenzüberschreitenden Dienstleistungserbringern gegenüber einheimischen Anbietern ist ein wichtiger Aspekt eines funktionierenden Binnenmarkts. Ich begrüße daher die Nachricht der Kommission, dass die Umsetzungsregelungen der Dienstleistungsrichtlinie in Schweden und Dänemark aufgrund unserer Initiative angepasst wurden bzw. geprüft werden. Deutsche Handwerker werden damit künftig leichter ihre Dienste in diesen Märkten anbieten können.“

2.) Reimer Böge trifft EU-Energiekommissar Günther Oettinger im Sonderausschuss zu den politischen Herausforderungen (SURE)

Der EU-Energiekommissar Günther Oettinger sprach am 01.02.2011 im SURE-Sonderausschuss zu den politischen Herausforderungen des EP zu den künftigen Schwerpunkten der europäischen Energiepolitik. Europäisches Handeln müsse auf die Bereiche konzentriert werden, in denen es einen Mehrwert gegenüber nationalem Handeln biete: Energieeffizienz, Vollendung des Energiebinnenmarkts, Energieforschung und Innovation, Energie in den auswärtigen Beziehungen sowie CO₂-Minimierung. Die EVP-Fraktion forderte zu prüfen, in welchen der bisherigen Förderbereiche das EU-Handeln verringert werden könne, um ein maximales Ergebnis in den neuen Zielbereichen, wie sie auch der Lissabonvertrag definiert, zu erzielen. Dabei müsse sichergestellt werden, dass EU-Mittel zusätzlich zu und nicht anstatt von nationalen Mitteln investiert werden und die bisherige Förderung angemessen ausläuft.



Bild 3 :

Am Rande des SURE- Sonderausschusses trafen sich Kommissar Günther Oettinger und Reimer Böge zu einem Gedankenaustausch. Thema war die europäische Energiepolitik nach 2013 und ihre Finanzierung.

(Foto: Büro Böge)

3.) "Forum For Agriculture 2011"

Reimer Böge fordert Mitgliedstaaten auf, beim kommenden Finanzrahmen Farbe zu bekennen!

Unter dem Titel: "Refocusing security on food and nature – CAP renewal for better farming" fand vor mehreren hundert Teilnehmern in Brüssel eine eintägige Konferenz der ELO (European Landowners' Organization) zu den künftigen Herausforderungen für die Gemeinsame Agrarpolitik der EU statt.

Reimer Böge (CDU), ständiger Berichterstatter zum Mehrjährigen Finanzrahmen (MFF) im Haushaltsausschuss des Europäischen Parlaments (EP) und Koordinator der EVP-Fraktion im Sonderausschuss (SURE) zu den politischen Herausforderungen und den Haushaltsmitteln für eine nachhaltige EU nach 2013, fasste auf der Konferenz die aktuelle Situation für den nächsten MFF zusammen: "Unser EVP-Berichterstatter Salvador Garriga hat sich mit seinem Berichtsentwurf im SURE-Sonderausschuss klar für einen gleichbleibend starken Agrarhaushalt ausgesprochen (siehe Ziffer 50). Das EP wird mit dem im Juni abzustimmenden Bericht erstmals einen klaren Standpunkt einnehmen, bevor die Kommission ihre Vorschläge unterbreitet." Das EP habe im Übrigen stärker als die Kommission auf die Bedeutung der Landwirtschaft für die EU Strategie 2020 für Wachstum und Beschäftigung hingewiesen.



Bild 4 :

"Forum For Agriculture 2011" Reimer Böge fordert Mitgliedstaaten auf, beim kommenden Finanzrahmen Farbe zu bekennen.

(Foto: Büro Böge)

"Viele Mitgliedstaaten im Rat handeln beim Thema des nächsten MFF leider wenig seriös und vorausschauend", kritisierte Böge. „Da werden ehrgeizige Ziele verkündet, deren Umfang den aktuellen Finanzrahmen bei weitem übersteigen. Z.B. bei Forschung und Entwicklung, der gemeinsamen Außenpolitik und der Entwicklungspolitik. Gleichzeitig fordern viele Mitgliedstaaten den Gemein-

schaftshaushalt auf dem aktuellen Niveau von lediglich 1% des EU-BNE einzufrieren", so Böge. "Das passt nicht zusammen."

Daher fordert der CDU-Europaabgeordnete: "Es ist an der Zeit, dass die Mitgliedstaaten im Rat endlich Farbe bekennen! Öffentliche Güter wie z.B. Nahrungsmittelsicherheit und nachhaltige Intensität kann die Landwirtschaft nur bereitstellen, wenn sie über die notwendigen Mittel durch den Gemeinschaftshaushalt verfügt. Der Agrarhaushalt darf keinesfalls als Steinbruch für andere Politikbereiche angesehen werden", so Böge. Vielmehr sei derzeit in allen Politikbereichen und Haushaltskategorien ein Einsparpotential von rund 5 % möglich, ohne den europäischen Mehrwert zu beschädigen," erklärte der CDU-Abgeordnete abschließend.

Terminauswahl:

25.01.2011	Besuch Schülergruppe Gymnasium Norderstedt, Brüssel
25.01.2011	Treffen mit Frau Ahluwalia, Repräsentantin der Nichtregierungsorganisation "E3G", zum Budget Review, Brüssel
26.01.2011	Gespräch mit Dr. Schreiber (RURBAN), Brüssel
26.01.2011	Sitzung des Haushaltsausschusses, Brüssel
26-27.01.2011	Treffen mit dem türkischen Minister für Europaangelegenheiten Egemen Bağış, Brüssel
01.02.2011	Gespräch mit Energiekommissar Oettinger, Brüssel
01.02.2011	Treffen der CSU/CDU-Gruppe mit deutschen Journalisten, Brüssel
01.02.2011	Sitzung des SURE-Sonderausschusses zur Finanzplanung nach 2013, Brüssel
02.02.2011	Arbeitskreis Haushalt, Brüssel
02.02.2011	Treffen mit Becsey Zsolt, Staatssekretär im ungarischen Wirtschaftsministerium, Brüssel
02.02.2011	Veranstaltung des "Konsortium Deutsche Meeresforschung" zusammen mit IFM-GEOMAR, Brüssel
02.02.2011	Gespräch mit Frau Tzika (Botschaft Zypern) zum Fortschrittsbericht Türkei, Brüssel
03.02.2011	Treffen mit der ungarischen Europaministerin Enik Gyori, Brüssel
03.02.2011	Jahreshauptversammlung Maschinenring Südholstein, Ottenbützel
04-05.02.2011	Klausurtagung CDU Schleswig-Holstein, Schleswig,
07.02.2011	Sitzung des Haushaltsausschusses, Brüssel
08.02.2011	Arbeitskreis Haushalt, Brüssel
10.02.2011	Treffen mit der schleswig-holsteinischen Landwirtschaftsministerin Rumpf, Brüssel
14.02.2011	Europa in Wissenschaft und Politik, Straßburg
15.02.2011	Treffen mit Herrn Stenmarck (ehem. MdEP aus Schweden) zur Problematik der Schwefelgrenzwerte für die Ostseeschifffahrt, Straßburg
16.02.2011	Treffen mit Agrarkommissar Ciolos, Straßburg
16.02.2011	Gespräch mit Haushaltskommissar Lewandowski, Straßburg
16.02.2011	Treffen mit dem EVP-Vorsitzenden Joseph Daul, Straßburg
24.02.2011	Abendveranstaltung zur zukünftigen Agrarpolitik beim Bezirksbauernverband Ostholstein Süd, Dissau-Stockelsdorf
25.02.2011	Klausurtagung der MIT-Vorstände Hamburg und Schleswig-Holstein, Hennstedt
25.02.2011	Europarecht für Praktiker (Jahrestagung Schleswig-Holsteiner Landkreistag), Kiel
01.03.2011	Arbeitskreis Haushalt, Brüssel
02.03.2011	Wirtschaftsrat Brüssel zur Finanziellen Vorausschau nach 2013, Brüssel
03.03.2011	Sitzung des Haushaltsausschusses, Brüssel
04.03.2011	Agrarausschuss SH-Landjugendverband, Rendsburg
04.03.2011	Geschäftsführerkonferenz Handwerk Schleswig-Holstein e.V, Vereinigung der Fachverbände und Kreishandwerkerschaften, Neumünster
09.03.2011	Treffen mit Herrn Christiansen und Herrn Diedrichsen (Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen), Brüssel
09.03.2011	Gespräch mit Studenten, Straßburg
10.03.2011	Sitzung des SURE-Sonderausschusses zur Finanzplanung nach 2013, Brüssel
11.03.2011	Europaseminar Akademie Sankelmark, Sankelmark
15.03.2011	ELO-Konferenz zur Zukunft der Agrarpolitik, Brüssel
15-16.03.2011	Sitzung des Haushaltsausschusses, Brüssel
17.03.2011	Sitzung des SURE-Sonderausschusses zur Finanzplanung nach 2013, Brüssel
22.03.2011	Besuch einer Schülergruppe aus Pinneberg, Brüssel
31.03.2011	Vortrag in der Hermann-Ehlers-Akademie, Kiel



Bild 5:

Am Rande einer Veranstaltung im EP trafen sich der türkische Minister für EU- Angelegenheiten Egemen Bağış (links) und Reimer Böge (Mitte) zu einem Gedankenaustausch. Thema waren die Lage auf Zypern. Links im Bild Die Praktikantin im Büro Böge, Frau Cekirge.

(Foto: Büro Böge)



Bild 6 :

Am 02.02.2011 trafen sich Becsey Zsolt, Staatssekretär im ungarischen Ministerium für nationale Wirtschaft, und Reimer Böge zu einem Gespräch im EP in Brüssel. Thema der Unterredung war die aktuelle ungarische Ratspräsidentschaft und der kommende Mehrjahresfinanzrahmen.

(Foto: Büro Böge)

Für weitere Informationen:
<http://www.reimerboege.de>
<http://www.epp-ed.eu/home/de/default.asp>
<http://www.europarl.ep.ec/>

Impressum:
 Verantwortlich i.S.d.P. für diese Seiten:
 Peter Steven
 Tel: 00322/ 2845326
 Fax: 00322/ 2849326
 Email:reimer.boege@europarl.europa.eu
 Internet: <http://www.reimerboege.de>

Europäisches Parlament
 Rue Wiertz - ASP 15 E 169
 B - 1047 Brüssel

Tel: 0032-2-2845326
 Fax: 0032-2-2849326
 Email: rboege@europarl.eu.int

Europabüro Reimer Böge, MdEP
 CDU-Landesverband
 Sophienblatt 44-46
 D - 24114 Kiel

Tel.: 0431-6 60 99 25
 Fax: 0431-6 60 99 27
 Email: info@reimerboege.de
 Internet: www.reimerboege.de